

## Politische Erklärung der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft (Brüssel, 24. Juni 1978)

**Legende:** Am 24. Juni 1978 eröffnen die Führer der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft offiziell ihre Wahlkampagne zur ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments.

**Quelle:** Confederation of Socialist Parties of the European Community. Politische Erklärung - Konferenz 23-24.6.1978 Palais d'Egmont, Brüssel. Brüssel: Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG, 1978. 24 S.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/politische\\_erklärung\\_der\\_sozialdemokratischen\\_parteien\\_der\\_europaischen\\_gemeinschaft\\_brus sel\\_24\\_juni\\_1978-de-da84ae2c-21d7-442e-a267-4dfeac132c08.html](http://www.cvce.eu/obj/politische_erklärung_der_sozialdemokratischen_parteien_der_europaischen_gemeinschaft_brus sel_24_juni_1978-de-da84ae2c-21d7-442e-a267-4dfeac132c08.html)

**Publication date:** 20/10/2012

## Politische Erklärung der Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft (Brüssel, 24. Juni 1978)

Wir, die Sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, erklären gemeinsam gegenüber den Wählern in unseren Ländern, dass wir in Frieden ein Europa auf der Grundlage von Freiheit, harmonischer wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit aufbauen wollen.

Unsere Parteien tragen ein unterschiedliches historisches Erbe. Sie wirken in Ländern, in denen sich wirtschaftliche Entwicklung, Art der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, kulturelle Traditionen, Aufgeschlossenheit für die Probleme der Gesellschaft und die innenpolitische Bündnissituation stark voneinander unterscheiden. Unser gemeinsames Ziel ist ein menschlicheres Europa mit gleichen Chancen für alle Bürger. Wir erstreben eine neue Ordnung auf der Grundlage der Werte des demokratischen Sozialismus.

Das weitere Zusammenwachsen in Europa ist unter Achtung der eigenständigen Entwicklung unserer Länder und Parteien möglich.

Überall in Europa kämpfen Sozialdemokraten im Dienste und Interesse des Menschen für die Beseitigung von Ungerechtigkeit und Ungleichheit und für eine harmonische Entwicklung der Gesellschaft.

Vorrangiges Ziel der Sozialdemokraten überall in der Europäischen Gemeinschaft ist die Befreiung des Menschen von jeglicher Ausbeutung, Abhängigkeit und Not und die Verstärkung der Rechte und Möglichkeiten jedes einzelnen Bürgers. Um dies zu erreichen, müssen wir eine Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in unseren Ländern anstreben. Wir wissen, dass, obwohl jedes Land viel zur Erreichung dieses Zieles selbst tun kann, gemeinsames Handeln unseren Fortschritt beschleunigen kann. Nach 20 Jahren ihres Bestehens muss die Europäische Gemeinschaft in eine neue Phase eintreten, in der sich das Schwergewicht der Politik und des Handelns von der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen auf menschliche Ziele und auf die Vertiefung der Zusammenarbeit verlagert. Die erste Phase der Gemeinschaft war durch die Liberalisierung des Warenverkehrs gekennzeichnet, brachte jedoch wenig Fortschritte hinsichtlich eines grösseren regionalen und sozialen Gleichgewichts.

Mit Besorgnis stellen wir folgendes fest :

- die Schwierigkeiten, angesichts der derzeitigen Gesellschaftsstruktur das gewaltige Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen;
- dass eine Entwicklung zu weniger Gleichheit und Solidarität stattfindet, die sich in einer Vertiefung der Kluft zwischen reichen und armen Ländern in der Welt, aber auch in der Europäischen Gemeinschaft, äussert;
- dass unkontrollierte Produktions- und Verbrauchssteigerungen, insbesondere in den reicheren Regionen der Welt, zu Raubbau an den vorhandenen Ressourcen und zur Verschmutzung der Natur führen, und zwar auf Kosten sich verschlechternder Lebens- und Arbeitsbedingungen für Millionen von arbeitenden Menschen. Dem können Sozialdemokraten nicht tatenlos zusehen.

In der Verpflichtung gegenüber künftigen Generationen und den Millionen von Menschen in bitterer Armut ist es unsere Aufgabe, uns in der Beanspruchung der natürlichen Ressourcen einzuschränken, und zu einer gerechteren Verteilung des Wohlstands sowohl innerhalb der Gemeinschaft, als auch zwischen der Gemeinschaft und der Dritten Welt beizutragen.

Unser Eintreten für eine Gesellschaft, in der die verfügbaren Ressourcen gerecht verteilt werden, setzt voraus, dass wir die soziale und ökonomische Entwicklung beeinflussen wollen und können. Die klassischen Instrumente der Wirtschaftspolitik haben sich als unzureichend erwiesen; eine aktive Beschäftigungspolitik und eine wirtschaftliche Rahmenplanung sind erforderlich, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Wir streben eine gerechtere Verteilung der verfügbaren Arbeit an, wobei Arbeitszeitverkürzung und

systematische Umschulungspolitik eine wichtige Rolle spielen. Dies soll vor allem den sozialen Gruppen zugute kommen, die auf dem Arbeitsmarkt mit den grössten Problemen zu kämpfen haben, Jugendliche, Frauen, ältere und ausländische Arbeitnehmer.

Wir glauben, dass wir dies am besten durch eine gemeinsame Politik erreichen, die zwischen den wichtigsten Industrienationen und in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften vereinbart wird. Diese gemeinsame Politik kann nur in enger Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften und besonders dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) verwirklicht werden. Unsere Parteien betonen nachdrücklich, dass der EGB bei der Verteidigung der ideellen und materiellen Interessen der europäischen Arbeitnehmer ebenso wie bei der Verwirklichung des sozialen Fortschritts und bei der Demokratisierung der Wirtschaft eine zunehmende Rolle spielen muss. Der EGB muss weitgehend bei jeder Diskussion und Entscheidungsfindung beteiligt werden. Unsere Parteien legen Wert darauf, ihre eigenen Vorschläge in enger Absprache mit der Gewerkschaftsbewegung zu entwerfen und sich umfassend für die Emanzipation der Arbeitnehmer in Europa einzusetzen.

Zur Verringerung der Arbeitslosigkeit ist ferner eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen dringend erforderlich. Die dritte industrielle Revolution hat zwar beträchtliche Fortschritte der technischen Entwicklung, jedoch auch eine erhebliche Ausdehnung und Konzentration der Wirtschaftsmacht mit sich gebracht. Die entstandenen umfangreichen Produktionseinheiten werden als anonyme Mächte empfunden; sie geben den Arbeitnehmern und Verbrauchern ein Gefühl der Ohnmacht. Durch die weitgehende Mechanisierung und Massenprodukten entspricht die Arbeit kaum noch den Fähigkeiten und Bedürfnissen der einzelnen Arbeitnehmer. Derartige Arbeitsbedingungen führen zu Entfremdung, einem nachlassenden Interesse an der Arbeit und Produktionsausfall. Die traditionellen Klein- und Mittelbetriebe können häufig nicht mehr mit den grossen Unternehmen konkurrieren und sind in ihrer Existenz bedroht.

Wir widersetzen uns dieser Entwicklung und setzen uns deshalb dafür ein, dass

- die Arbeitnehmer im Unternehmen durch echte Beteiligung an allen Entscheidungen Verantwortung übernehmen. Die Demokratisierung der Unternehmen und der Wirtschaft soll in einer Art und Weise durchgeführt werden, die für jedes Land angemessen ist und in Abstimmung mit den Gewerkschaften und Berufsorganisationen erfolgt;
- eine demokratische Kontrolle der wichtigen Wirtschaftskonzerne und multinationalen Gesellschaften gewährleistet wird mit dem Ziel der Einhaltung der Wettbewerbsregeln, der Transparenz von Gewinntransfers, Kapitalbewegungen und Investitionsentscheidungen;
- Mittel- und Kleinbetriebe aktiv gefördert werden, und dass eine dem Gemeinwohl verpflichtete Wirtschaft durch Zusammenschlüsse von Arbeitnehmern und Genossenschaften entwickelt wird.

Die Sozialdemokratischen Parteien treten deshalb für eine Wirtschaftspolitik ein, die

- eine Gemeinschaft der Vollbeschäftigung;
- eine Gemeinschaft der Stabilität;
- eine Gemeinschaft mit gerechter werdender Einkommens- und Vermögensverteilung;
- eine Gemeinschaft mit leistungsfähiger und demokratischer Wirtschaftsstruktur;
- eine Gemeinschaft der Wirtschaftsdemokratie;
- eine Gemeinschaft einer verbesserten sozialen Sicherheit;
- eine Gemeinschaft der besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen;
- eine Gemeinschaft der besseren Ausbildungsmöglichkeiten anstrebt.

Das Recht auf Arbeit ist und bleibt eine Grundforderung der Sozialdemokraten. Dies ist eines der Grundrechte für Männer und Frauen. Demzufolge müssen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sicherung der Vollbeschäftigung die vorrangigen Aufgaben der europäischen Gemeinschaft und der sie bildenden Staaten sein. Hierbei legen die demokratischen Sozialisten das Schwergewicht nicht allein auf eine Politik der Vollbeschäftigung, sondern ebenso auf eine Politik, die die Schaffung besserer

Arbeitsbedingungen zum Ziel hat.

Sozialdemokraten treten daher für ein humanes und harmonisches Wachstum ein, das bei den Innovationen, den Investitionen, bei der Schaffung und Ansiedlung von Arbeitsplätzen den Bedürfnissen eines sozialen und gleichgewichtigen Lebens Rechnung trägt, und zwar insbesondere unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes.

Sozialdemokraten streben eine gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen an. Mit Besorgnis stellen wir fest, dass die Bemühungen um die Entwicklung der benachteiligten Gebiete in der Gemeinschaft weitgehend unbefriedigend sind.

Wir fordern eine konsequente Regionalpolitik, die dazu beiträgt, die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den verschiedenen Regionen in der Gemeinschaft zu verringern. Gleichzeitig fordern wir eine wirksame Sozialpolitik, die imstande ist, die zahlreichen Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Schichten in unserer Gesellschaft zu beseitigen.

Die demokratischen Sozialisten setzen sich für ein gerechteres Bildungssystem ein, das allen gleiche Chancen und optimale Entfaltungsmöglichkeiten bietet. Deshalb fordern wir für Europa eine Politik, die sicherstellt, dass jeder, unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht und Alter, von den Möglichkeiten, sich ständig weiterzubilden, Gebrauch machen kann.

Die geringer werdenden Vorräte an Rohstoffen sowie die Gefahren der Umweltverschmutzung erfüllen uns mit grosser Sorge. Nur durch weltweite Bemühungen können die Staaten eine Politik verwirklichen, die auf die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts und Einsparungen bei Rohstoffen ausgerichtet ist. Europa sollte auf diesem Weg beispielgebend sein.

Von grosser Bedeutung wird hierbei ein Energiesparprogramm der Gemeinschaft sein, das durch gemeinschaftliche Anstrengungen zur Entwicklung alternativer Energiequellen ergänzt werden muss. Wir stimmen der weiteren Entwicklung und Anwendung der Kernenergie nur zu, wenn durch öffentliche Kontrolle der Unternehmen gewährleistet wird, dass alle Sicherheits- und Umweltprobleme zufriedenstellend gelöst werden.

Wir begrüßen die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland, Spanien und Portugal und unterstützen nachdrücklich den Beitritt dieser Länder zur Gemeinschaft. Nach unserer Auffassung ist das demokratische Europa in hohem Masse mitverantwortlich für die Festigung der Demokratie in diesen Ländern. Es ist aufgerufen, den Beweis für seine Solidarität mit den Arbeitnehmern dieser Länder zu erbringen. Wir wissen, dass die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der beitragswilligen Länder es angesichts der Beschaffenheit ihrer Erzeugnisse erforderlich machen, dass Bestimmungen und Fristen für angemessene Übergangszeiten vereinbart werden, um die legitimen Interessen aller Menschen sowohl innerhalb der Gemeinschaft als auch in Griechenland, Spanien und Portugal zu wahren.

Die Erweiterung der Gemeinschaft muss zu einer Quelle neuer Stärke und Dynamik für Europa werden.

Europa versteht sich als Friedensmacht. Gesellschaftlicher Fortschritt in Freiheit und Eigenverantwortung nach innen und nach aussen sind für uns nur denkbar, wenn uns der Frieden erhalten bleibt. Wir wollen dazu unseren Beitrag leisten und unterstützen deshalb die Entspannungspolitik zwischen Ost und West. Unser Ziel ist, dass eine stabile europäische Friedensordnung Wirklichkeit wird.

Der organisierte Friede ist Europa versagt geblieben; denn die blosser Abwesenheit von Krieg ist noch nicht der gesicherte Friede. Wir bejahen deshalb eine bewusst kriegsverhütende Politik. Wir wollen Entspannungspolitik zwischen den Blöcken.

Die Sozialdemokratischen Parteien in Europa bieten die sicherste Gewähr dafür, dass auch in Zukunft Gewaltverzicht, Ausgleich und Zusammenarbeit und die Nichtweitergabe von Atomwaffen Grundprinzipien der internationalen Politik bleiben. Sie treten am nachhaltigsten dafür ein, dass der Gewaltverzicht nicht nur

regional, sondern auch global verwirklicht wird. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind nicht allein Grundsätze, nach denen wir in unseren Ländern leben, sondern Richtschnur einer internationalen Ordnung, die wir erstreben.

Angesichts des bestehenden globalen militärischen Gleichgewichts und angesichts rüstungstechnologischer Entwicklungen gewinnen Verhandlungen über Rüstungssteuerung zunehmend an Bedeutung. Es muss gelingen, den Rüstungswettlauf zu stoppen; denn er verschlingt gewaltige Ressourcen und kann durch immer neue Waffentechnologien die strategische Stabilität gefährden. Die Politik der Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverminderung muss so angelegt werden, dass es gelingen kann, den sich selbst nährenden Rüstungswettlauf zu unterbrechen.

In unseren Beziehungen zu Osteuropa befürworten wir eine Politik der Entspannung und Zusammenarbeit, wie sie in der Schlussakte von Helsinki vereinbart ist. Dieser erste Versuch einer Zusammenarbeit zwischen Ost und West in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg zielt auf konkrete Vereinbarungen für die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und humanitären Bereich. Diese Pläne können nur dann verwirklicht werden, wenn der Geist der Schlussakte von Helsinki von allen Unterzeichnerstaaten unterstützt wird, einschliesslich des Bereichs der Menschenrechte.

Nur ein Europa, das sich mit den Armen in der Welt solidarisch erklärt, kann einen echten Beitrag zum Frieden leisten. Mittel- und langfristig werden die reichen Länder ein langsames Ansteigen ihres Wohlstands akzeptieren müssen, um den Nord-Süd-Konflikt zu bewältigen.

Deshalb wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Europa und den Entwicklungsländern verstärken. Die bisher hierbei erzielten Erfolge - insbesondere das Abkommen von Lomé - zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Grundprinzipien dieser Zusammenarbeit sind :

- die Verpflichtung der Gemeinschaft, für einen umfassenden Fortschritt der Entwicklungsländer zu wirken;
- die volle Anerkennung der Unabhängigkeit der Entwicklungsländer und ihr Recht auf Freiheit ohne jegliche politische oder wirtschaftlich motivierte Intervention;
- grösseren Nutzen für die Entwicklungsländer durch die Handelsbeziehungen;
- wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse;
- Abschluss eines Übereinkommens für gemeinsame Massnahmen, um weltweit zu wirksamen und gerechten Regeln für das Währungssystem und den Handel zu gelangen.

Grösste Bedeutung messen wir der Erhaltung und dem Schutz der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheiten in der Gemeinschaft bei. Insbesondere kämpfen wir gegen jede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, Rasse und Religion. Die Mitgliedstaaten der Gemeinschaft müssen die Anwendung der Europäischen Konvention der Menschenrechte uneingeschränkt sicherstellen. Gleichzeitig muss die Gemeinschaft in vorderster Front im Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte überall in der Welt stehen und, wo immer möglich, ihren Einfluss bei diesem Kampf zur Geltung bringen.

Wir wollen ein demokratisches Europa. Aus der Überzeugung heraus, dass die derzeitigen und künftigen Lebensbedingungen eine zunehmende Verantwortung des Staates mit sich bringen, ist für uns die demokratische Kontrolle des Staates durch das Volk unverzichtbar. Darüber hinaus ist die Übertragung von Verantwortung auf kleinere Verwaltungseinheiten absolut notwendig. Wir sind gegen die unkontrollierte und nicht kontrollierbare Ausübung von Macht. Dies gilt nicht zuletzt auch für die Wirtschaft.

Anlässlich der Direktwahlen zum Europäischen Parlament, die 1979 stattfinden werden, müssen die Bürger in Europa ihre Wahl für oder gegen eine Politik treffen, die konsequent auf eine gerechtere Verteilung von Einkommen, Bildung und Macht abzielt.

Das direkt gewählte Europäische Parlament wird sich zunächst im Rahmen der bestehenden Verträge entwickeln müssen. Wir erkennen an, dass jede weitere Übertragung von Befugnissen von nationalen Regierungen auf die Gemeinschaftsinstitutionen oder von nationalen Parlamenten auf das Europäische Parlament nur aufgrund eindeutiger Zustimmung der nationalen Regierungen und Parlamente stattfinden kann.

Das Jahr der ersten Europawahlen ist angebrochen. Die fortschrittliche Politik der Sozialdemokratischen Parteien ist jetzt wichtiger denn je für die Bedürfnisse der europäischen Bürger, denn es ist offensichtlich, dass der Kapitalismus die bestehenden Probleme nicht lösen kann. Die Lösung vieler dieser Probleme kann durch Massnahmen sowohl im nationalen als auch im Gemeinschaftsrahmen erreicht werden, wobei eine engere europäische Zusammenarbeit dies wesentlich erleichtern kann.

Um erfolgreich im Interesse aller Menschen tätig werden zu können, müssen die Sozialdemokraten stark sein, sowohl in dem direkt gewählten Europäischen Parlament als auch in den Parlamenten der Mitgliedstaaten. Wir wollen ein Europa schaffen, in dem jeder Einzelne in Frieden und Freiheit leben kann.

Demokratie und demokratischer Sozialismus sind für die Bürger Europas die Garanten der Freiheit und des Friedens.